

Eine Dekade Wind

Zum zehnjährigen Bestehen kann der Bundesverband WindEnergie eine positive Bilanz seiner Arbeit ziehen. Künftig werden die Herausforderungen aber nicht kleiner – im Gegenteil.

Text: Hanne May und Sascha Rentzing

Wer Peter Ahmels in diesen Tagen um ein Resümee zu zehn Jahren Bundesverband WindEnergie (BWE) bittet, bekommt von ihm ein klares Statement: „Es gab Höhen und Tiefen. Aber insgesamt können wir auf eine erfolgreiche Zeit zurückblicken.“ Es sei gelungen, so der BWE-Präsident, die bis zum Gründungsjahr 1996 zerfaserte deutsche Windbranche zu vereinen, von

der Politik als kompetente Instanz wahrgenommen zu werden und auf internationalem Parkett Gehör zu finden: als Botschafter des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und deutschen Windenergie-Know-hows.

In der Tat hat der Verband eine beeindruckende Entwicklung hinter sich: Er startete vor zehn Jahren mit 3.300 Mitgliedern. Um die kümmerte sich seinerzeit eine Handvoll Angestellte. Heute sind für den Verband rund 25 feste und Hunderte ehrenamtliche Mitarbeiter im Einsatz. Mit fast 20.000 Mitgliedern aus allen Branchenbereichen, rund 6.000 Megawatt (MW) direkt gemeldeter Windleistung und einer Mitgliedschaft, die annähernd 85 Prozent aller deutschen Windenergieanlagen repräsentiert, ist der BWE heute der weltweit größte Einzelverband im Bereich Windenergie.

Indikator für den Erfolg ist das stetige Wachstum der in Deutschland installierten Windleistung. Die gut 19.200 MW, die bis dato zwischen Nordsee und Alpen aufgestellt wurden, sind nicht zuletzt Ergebnis einer konsequenten Lobbyarbeit des BWE im Zusammenspiel mit den Vertretern anderer Regenerativverbände.

IWB und DGW fusionieren

Das Windrad erfunden hat der Verband nicht. Als sich am 12. Oktober 1996 der Interessenverband Windkraft Binnenland (IWB) und die Deutsche Gesellschaft für Windenergie (DGW) zum BWE zusammenschlossen, spielte die Windkraft hierzulande bereits eine Rolle. Turbinen mit einer Gesamtleistung von gut 4.000 MW waren am Netz.

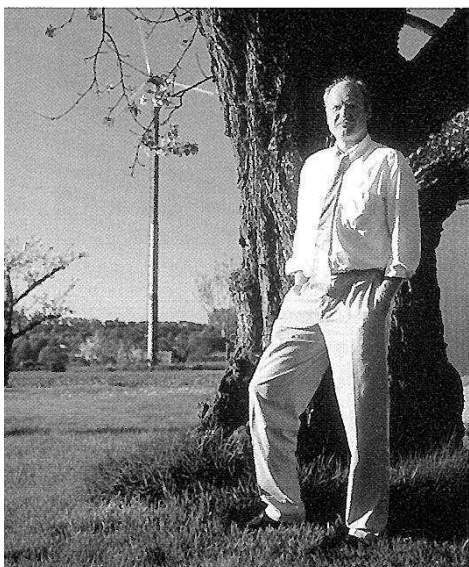
Und es gab engagierte Köpfe. Wie zum Beispiel den Realschullehrer Dietrich Koch, der dem 1985 gegründeten IWB bis 1991 vorstand und für sein regeneratives Engagement als erster deutscher Windmüller das Bundesverdienstkreuz bekam. Oder der Pädagoge Heinrich Bartelt, neben

Koch Mitbegründer des IWB sowie des Bundesverbands Erneuerbare Energie (BEE) und – so sagen viele seiner Weggenossen – einer der erfolgreichsten Windkraft-Lobbyisten in Deutschland. In Schleswig-Holstein kämpften unterdessen im als DGW-Regionalverband gegründeten Interessenverband Windkraft Westküste (IWW) organisierte Pioniere wie Hermann Albers, Gerhard Jessen oder Brar Riewerts für eine stärkere Verbreitung der dreiflügeligen Stromerzeuger.

Landwirt Albers, der sich später auch im IWB engagierte, sowie der Hamburger Banker Bernward Appelhans trieben die Verbände-Fusion maßgeblich voran. „Der DGW repräsentierte die Betreiber in den Küstenländern, der IWB die Windmüller im Binnenland. Dennoch gab es viele Gemeinsamkeiten, weshalb wir 1995 begonnen haben, den Zusammenschluss vorzubereiten“, erinnert sich Albers.

Die Bündelung der Kräfte war für den weiteren Erfolg der Windenergie entscheidend. Denn die Energieversorger machten gegen das seit Januar 1991 geltende Stromspeisungsgesetz mobil, gingen mit Verfassungsklagen dagegen vor. Das von Regenerativverbänden geforderte und mit Unterstützung der beiden Bundestagsabgeordneten Matthias Engelberger (CSU) und Wolfgang Daniels (Grüne) durchgeboxtete Gesetz verpflichtete die Unternehmen, jedem Windmüller eine Vergütung von damals 17 Pfennig pro erzeugter Kilowattstunde (kWh) zu zahlen. Dadurch kam Dynamik in den Windkraftausbau. „Spätestens als die Klagen vorlagen, war allen klar, dass die Windbranche nur in einer gemeinsamen starken Institution den Stromkonzernen auf Dauer die Stirn bieten kann“, schildert Albers die einstige Lage.

In der konstituierenden Sitzung am 12. Oktober 1996 schließlich wurde Ahmels, der zuvor dem IWB vorsah, zum neuen BWE-Präsidenten gewählt; die Stellvertre-



WINDPIONIERS: Dietrich Koch und Heinrich Bartelt gelten als Wegbereiter der Windenergie in Deutschland.

ter-Ämter übernahmen Albers und Johannes Lackmann, Turbinen-Betreiber und Ratsherr der Grünen im Paderborner Stadtrat. Doch wie sollte es nun weitergehen? Während die Windaktivisten, so Ahmels, bei „Prinzenrolle und Tee“ berieten, wie man der Elektrizitätswirtschaft begegnen könne, ließ diese in Bonn bereits ihre Muskeln spielen. Nicht ohne Erfolg: Teile der damaligen christlich-liberalen Regierungskoalition, allen voran Bundeswirtschaftsminister Günter Rexroth sowie der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Gunnar Uldall, starteten Vorstöße zur Novellierung des Gesetzes, die einem Ende der Einspeiseregulierung gleichgekommen wären. Monatlang wurde um die Regelung gestritten.

Windbranche lässt Bonn beben

Diese Zeit nutzte der BWE, sich breiter aufzustellen. Neue Mitarbeiter wurden eingestellt und die Öffentlichkeitsarbeit verstärkt. Hierzu zählte auch, dass die von Erich Hays 1991 gegründete Verbandszeitschrift *neue energie* unter Carlo Reeker als Branchen- und politisches Blatt weiterentwickelt wurde. Sie sollte zur unverzichtbaren Informationsquelle auch für politische Entscheider werden. Außerdem wurden mit den späteren Vorsitzenden des Planer- und Firmenbeirats Dirk Jesaitis und Andreas Eichler zwei rührige Windaktivisten stärker in die Verbandsarbeit eingebunden. Letzgenannter hatte seine Macher-Eigenschaften zu diesem Zeitpunkt bereits unter Beweis gestellt: etwa als Gründer des Landesverbands Berlin-Brandenburg und Organisator mehrerer Windkongresse.

Inzwischen hat der BWE zehn Fachbeiräte ins Leben gerufen. Sie dienen als Informationsbörsen für die jeweiligen Branchengruppen – Anleger, Betreiber, Finanzierer, Gutachter, Juristen, Planer und Wissenschaftler. In den Gremien werden aktuelle Sachfragen gelöst und langfristige Strategien entwickelt. Die konkrete inhaltliche Arbeit dieser Experten fließt in den Bundesvorstand ein, sie mündet in wissenschaftliche Studien und für die Branche geltende Standards.

Parallel zum Aufbau der Fachgremien stärkte der Verband seine Position in Brüssel. Die Zusammenarbeit mit der Europarechtlerin und späteren Direktorin des European Renewable Energy Federation (Eref), Dörte Fouquet, begann. Sie sollte

fortan der direkte Draht des BWE zur EU sein. Unterdessen vertieften der BWE-Vorstand, der 1997 als Hauptgeschäftsführer engagierte Bartelt sowie der damalige Bonner Büroleiter Ralf Bischof Kontakte zu deutschen Politikern und schmiedeten Koalitionen mit anderen Regenerativverbänden.

Im Spätsommer 1997 gingen die Verbände in die Offensive und starteten die „Aktion Rückenwind“. Die Organisatoren, zu denen neben dem BWE auch Eurosolar, der Solarenergie-Förderverein Aachen, einige Wasserkraft-Vereine, aber auch die IG Metall zählen, riefen die gesamte Branche zu einer Demonstration in die damalige Bundeshauptstadt.

Die Resonanz war beeindruckend: Am 23. September 1997 reisten aus ganz Deutschland Windfirmen und -unterstützer an, um zu zeigen, welche wirtschaftliche Bedeutung die Branche zu diesem Zeitpunkt bereits hatte. Hersteller und Zulieferer präsentierten sich mit Gondeln, Rotorblättern und Türmen, über 5.000 Demonstranten versammelten sich vor der Tribüne an der Bonner Kunsthalle und forderten die Regierung lautstark auf, weiter zu den Regenerativenergien zu stehen.

Organisator Bischof erinnert sich: „Wir haben uns die Nächte um die Ohren geschlagen, um die Veranstaltung auf die Beine zu stellen. Doch das war es wert: Fahrzeuge der Windbranche sind die Diplomatenrennbahn hupend rauf und runter gefahren, viele Verbände und namhafte Politiker haben unsere Aktion unterstützt.“ In besonderer Erinnerung ist Bischof die Rede von Schleswig-Holsteins Bauernpräsident Otto-Dietrich Steensen geblieben, der sagte: „Wer gegen Wind ist, gehört nicht in die Politik.“ „Da haben alle gejubelt“, so Bischof.

Grundstein fürs EEG gelegt

Das konzertierte Auftreten verfehlte seine Wirkung nicht. Als die energiewirtschaftliche Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, Michaela Hustedt, als letzte Rednerin verkündete, Rexroth habe seine Pläne, die Einspeisevergütung zu kürzen, aufgegeben, war vor der Bonner Kunsthalle die Hölle los.

Eine bittere Pille musste die Branche aber schlucken. Zwar blieben die Vergütungssätze im Wesentlichen bestehen, doch die Gesetzesänderung sah eine Härtefallklausel vor: den so genannten „Doppelten Fünf-Prozent-Deckel“. Dieser Passus in der



Neufassung des Stromeinspeisungsgesetzes, die Ende April 1998 in Kraft trat, verpflichtete regionale Energieversorger nur noch dazu, Windstrom bis zu einem Anteil von maximal fünf Prozent zu vergüten, danach war der vorgelagerte Netzbetreiber an der Reihe, bis auch bei ihm das Fünf-Prozent-Kontingent erreicht war. Vor allem an ▶



FLAGGE ZEIGEN: Zwei Mal organisierte der BWE Demonstrationen für die Regenerativenergien. Nach Bonn (1997) und Berlin (2003) kamen jeweils mehrere Tausend Menschen.



IM DIALOG MIT DER POLITIK: Der enge Kontakt zu politischen Entscheidungsträgern war dem BWE stets ein großes Anliegen. Fast schon Tradition hatten die Ganggespräche mit dem damaligen Umweltminister Jürgen Trittin auf Windmessen. Auf der Husumwind 2001 etwa trafen sich BWE-Präsident Peter Ahmels, BWE-Vize Hermann Albers, Trittin, der ehemalige BWE-Geschäftsführer Heinrich Bartelt und Schleswig-Holsteins damaliger Energieminister Claus Möller (oberes Bild, von links). Zur Einweihung der neuen Vestas-Rotorblattfertigung 2002 in Lauchhammer traf BWE-Präsident Ahmels Ex-Bundeskanzler Schröder. Vor der Produktionshalle zusammen kamen seinerzeit (mittleres Bild, von links) Brandenburgs damaliger Ministerpräsident Manfred Stolpe, Schröder, Andreas Eichler von Vestas, Ahmels und Vestas Deutschland-Chef Hans-Jörn Rieks. Auch der Gedankenaustausch mit Michael Müller (SPD), heute Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesumweltministerium, wurde oft gepflegt. So auch auf der Jahreskonferenz Erneuerbare Energie 2006.

der Küste, wo Windturbinen bereits eine wichtige Rolle spielten, drohte damit ein baldiges Ende des Windkraft-Ausbaus.

Dass die Geschichte der Windenergie und damit die des BWE erfolgreich blieb, ist ohne Frage auf das EEG zurückzuführen, das am 1. April 2000 in Kraft trat. Das Gesetz kam auf Initiative des Bundestags ins Rollen. Allen voran spinn Hermann Scheer die Fäden. Gemeinsam mit den Grünen-Politikern Michael Hustedt und Hans-Josef Fell setzte der SPD-Abgeordnete unter anderem durch, dass die Fünf-Prozent-Klausel fiel, die Einspeisetarife vom Strompreis losgelöst und die Vergütung für 20 Jahre festgeschrieben wurde. Als der Europäische Gerichtshof im März 2001 das alte Stromeinspeisungsgesetz und damit die EEG-Nachfolgeregelung als verfassungskonform erklärte, startete die Windenergie in Deutschland endgültig durch: 2002 wurden 3.200 MW Kraftwerksleistung neu installiert – das war neuer Weltrekord.

Klar, dass die Windszene gerne an das Zustandekommen der rot-grünen Bundestagsmehrheit und das Ende der Ära Helmut Kohl im Jahr 1998 zurückdenkt. „Für uns war das eine Sensation. Denn die Grünen wollten das gleiche wie wir: den Ausbau der erneuerbaren Energien“, sagt Ahmels. Auch Bartelt kann sich gut an die Aufbruchstimmung nach dem Regierungswechsel erinnern: „Wir haben die Chance gesehen, mit Rot-Grün vom Fünf-Prozent-Deckel wegzukommen und mit dem EEG den ganz großen Wurf zu landen.“ Zahlreiche Gespräche seien geführt worden, mit Politikern, aber auch anderen Verbänden. Zudem seien die BWE-Regionalverbände aktiviert worden. „Wir mussten aus allen Rohren feuern. Unsere Leute vor Ort waren der Draht zu vielen Kommunal- und Landespolitikern, die wir bis dahin nicht erreicht hatten.“

Wachstum mit Schattenseiten

Allerdings brachte der auf das EEG folgende schnelle Ausbau der Windenergie auch neue Herausforderungen mit sich. So entwickelte sich eine heterogene Mitgliederstruktur, weshalb der Verband fortan mit unterschiedlichen und divergierenden Interessen umzugehen hatte. „Bis 2000 haben fast ausschließlich Privatleute in die Windenergie investiert, danach kamen viele neue Geldgeber dazu. Außerdem bekam der Verband Zuwachs aus allen Branchengruppen – Gutachter, Banken oder Firmen mit meh-

rerer Tausend Mitarbeitern. Die unter einem Dach zu vereinen, war und ist nicht immer leicht“, sagt Ahmels.

Manches Mal knirschte es kräftig im Gebälk, wurde vor und hinter den Kulissen bis zur Erschöpfung gerungen: Beispielsweise als Betreiber und Hersteller darüber stritten, welche Dokumente den Anlageninhabern zur Verfügung gestellt werden müssen. Ein Konflikt, der bis heute nicht gelöst ist und derzeit – außerhalb des BWE – über die Gerichte ausgetragen wird. Oder als Vertreter von Anlegern mit den Emissionshäusern an Standards für Windenergiebeteiligungen arbeiteten. Auch hier prallten vollkommen unterschiedliche Interessen aufeinander. Letztlich überwog das gemeinsame Ziel, für mehr Qualität und Transparenz zu sorgen. Im Jahr 2001 erschien so die erste Auflage der Broschüre „Mit einer grünen Anlage schwarze Zahlen schreiben“. Dass der BWE mit seinen Anleugerempfehlungen selbst für eine Bereinigung nach innen sorgte, wurde von Exper-

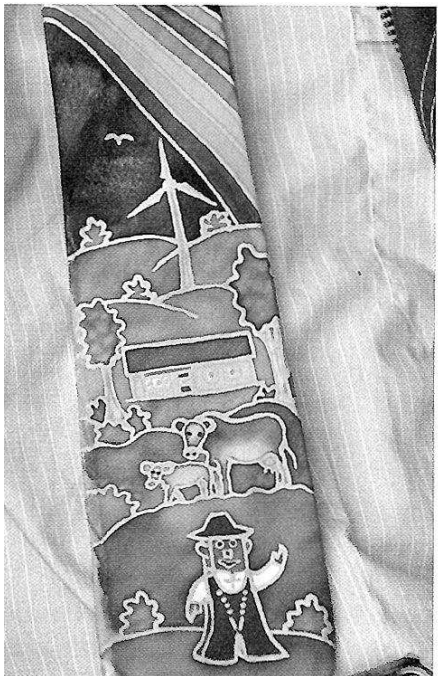
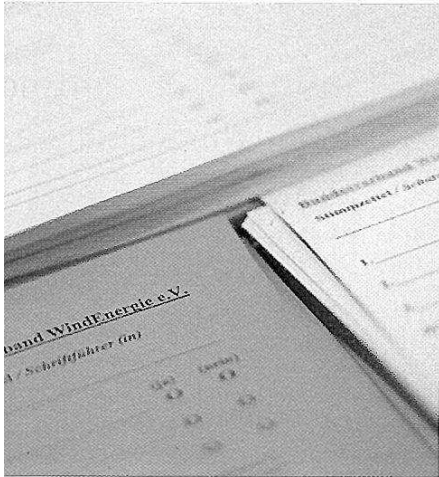
ten für Unternehmensbeteiligungen hoch gelobt. „Es war ein einmaliger Vorgang, dass sich die Branche selbst Standards setzte“, erinnert sich BWE-Präsident Ahmels. Andere Investmentbereiche – wie beispielsweise Immobilienfonds – hatten dafür Jahrzehnte gebraucht.

Aber auch die anderen Beiräte haben in ihren Bereichen Qualitätsstandards gesetzt. Der Betriebsführerbeirat etwa hat einen Leitfaden für die Berufsausführung für Mitglieder des Betriebsführerbeirats ausgegeben. Dieser Leitfaden ist Basis und Anleitung für die professionelle Betriebsführer-Arbeit. Der Betreiberbeirat aktualisierte und ergänzte Standards für Kauf- und Wartungsverträge und erstellt derzeit gemeinsam mit den Betriebsführern eine Schadensdatenbank (neue energie 9/2006). Und der Windgutachterbeirat arbeitete an Standards zur Erstellung und Dokumentation von Windgutachten sowie zur Dokumentation von Windmessungen. In Kooperation mit der Fördergesellschaft für Wind-



energie will der Beirat nun die unterschiedlichen Standards und Richtlinien anpassen und vereinheitlichen.

Der BWE musste aber nicht nur nach innen wirken, um die Branche zusammenzuhalten. Je mehr Maschinen aufgestellt wurden, desto mehr kämpfte die Windkraft mit Akzeptanzproblemen. Zwar stand und steht der überwiegende Teil der Bevölkerung hinter dem weiteren Ausbau, aber kritische Töne häuften sich: Windturbinen verspargelten die Landschaft und störten ►



TYPISCH BWE: Wahlzettel, Abstimmungsszenen und Wind-Krawatten gehören zu jeder Jahreshauptversammlung des Windverbands dazu.

Urlauber, hieß es. Auch die Tierschützer, die unter anderem behaupteten, Windräder beeinträchtigten den Vogelflug, hatten sich plötzlich auf die dreiflügeligen Stromerzeuger eingeschossen.

Zu allem Überdross kippte die Stimmung in der öffentlichen Wahrnehmung: Im Laufe des Jahres 2003 häuften sich auf einmal negative Berichte in den Medien. Den Höhepunkt dieser Anti-Kampagne markierte eine Titelgeschichte im „Spiegel“ im Frühjahr 2004. Die bislang erfolgsvervöhnten Verbandsvertreter brauchten eine Weile, bis sie mit diesen Angriffen umgehen konnten. Und bauten in der Konsequenz ihre Öffentlichkeits- und Pressearbeit in Berlin aus.

Kämpfen an der Basis

Obleich so manches Land mit Restriktionen wie Abstandsregelungen und Höhenbegrenzungen reagierte und sich nicht wenige Gemeinden querstellten – aus der Bahn geriet die Windenergie nicht. Selbst in traditionell für die Windkraft schwierigen Gegenden wie Bayern oder Baden-Württemberg ging der Ausbau voran – wenn auch nur langsam und mühselig. Der BWE und seine Mitglieder haben hieran nicht unwesentlichen Anteil: Mit Studien und Gutachten konnte der Verband nachweisen, dass Windturbinen weder Vögel stören noch Touristen fernhalten.

Verdient gemacht haben sich in punkto Überzeugungsarbeit vor allem die 13 Landes- und 43 Regionalverbände. Sie waren und sind die stillen Aufklärer vor Ort: Seit jeher pflegen sie Kontakte zu Lokalpolitikern und Gemeinden, organisieren Messen und Informationsveranstaltungen für die Bürger und tragen so zu einem besseren Verständnis der Windenergie bei. Wie zum Beispiel der Vorsitzende des Regionalverbands Ostfriesland, Hermann Reents. Die von ihm organisierte „Busfahrt rund um die Windenergie“ ist eine regelrechte Touristenattraktion: Jährlich nehmen Hunderte Nordseurlauben an den Touren durch die Region Wangerland teil. Durch solche Aktionen wurde das Akzeptanzproblem zwar nicht gelöst, doch halfen sie, die Debatten um verrirrte und geschredderte Vögel oder Windmühlen als Touristen-Abschrecker deutlich zu versachlichen.

Trittin setzt sich durch

Zunehmenden Gegenwind gab es aber nicht nur an der Küste, sondern auch in Berlin. Angesichts des Erfolgs der Regene-

rativenergien machten die Stromerzeuger und ihre politischen Fürsprecher kontinuierlich gegen das Einspeisegesetz mobil. So kam es im Vorfeld der planmäßigen Novellierung des EEG im Jahr 2004 zu heftigen politischen Debatten. Angeführt wurde die Front der Wind- und EEG-Kritiker diesmal vom bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber und dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement. Stoiber wollte den Ausstieg aus dem Ausstieg aus der Atomenergie, Clement wollte Kohle, keinen Wind. Für das genaue Gegenteil, nämlich den weiteren Ausbau der Ökoenergien, machte sich indes Umweltminister Jürgen Trittin stark.

Zeit für die Regenerativ-Branche, erneut aktiv zu werden. Auf Ebene der Regional- und Landesverbände wurden zig Veranstaltungen organisiert. Breite Unterstützung kam auch von den Firmenmitgliedern, die – allen voran die großen Hersteller – ihre Leute vor Ort mobilisierten, um Politikern klar zu machen, welche Bedeutung die inzwischen immer stärker weltweit agierende Branche für die Wertschöpfung in ihrer Region hat.

Um ein klares Zeichen zu setzen, rief der BWE zusammen mit dem Bundesverband Erneuerbare Energie und zahlreichen weiteren Unterstützern zu einer konzentrierten Aktion auf: 10.000 Menschen kamen am 5. November 1993 zum Brandenburger Tor in Berlin, um für Innovationskraft und Potenziale der Ökoenergien zu werben. Und wieder hat sich das Engagement der Branche gelohnt: Trittin persönlich verkündete der Menge, dass man einen Kompromiss im EEG-Streit erreicht habe.

Allerdings war die im August 2004 in Kraft getretene EEG-Novelle kein Erfolg auf der ganzen Linie. Die Kürzung der Basisvergütung um 0,5 Prozent sowie die jährliche Absenkung der Mindestvergütung um zwei Prozent plus Inflation setzt Hersteller und Planer unter hohen Innovationsdruck. Außerdem wurden Planer an windschwachen Standorten verpflichtet, künftig gegenüber dem Netzbetreiber nachzuweisen, dass ihre Anlagen mehr als 60 Prozent des Ertrages von einem definierten Referenzstandort erbringen, sonst sind sie von der Förderung ausgeschlossen. Vermeintliche Verbesserungen brachte die Neuregelung für Repowering- und Offshore-Projekte. Für jede auf dem Meer erzeugte Kilowattstunde sind 9,1 Eurocent vorgesehen. Bis heute sind jedoch beide Märkte kaum in Gang gekom-

men. Eine im internationalen Vergleich niedrige Vergütung sowie auf große Wassertiefen und Entfernungen zur Küste zurückzuführende hohe Projektkosten haben den Gang aufs Meer in weite Ferne rücken lassen. Und der Ersatz alter Mühlen durch neue, leistungsstarke Turbinen scheitert oft an administrativen Hürden – Abstandsregelungen, Höhenbegrenzungen und vermeintlich zu schwachen Netzen.

Kampf für weiteren Binnenland-Ausbau

Diese Märkte nach vorne zu bringen, ist für den BWE eine der vielen aktuellen Herausforderungen. Vor allem beim Repowering drängt der Verband auf eine schnelle Lösung. „Wir kämpfen weiter für den Heimatmarkt und den hiesigen Ausbau der Windenergie. Repowering bietet die Chance, vom quantitativen zum qualitativen Wachstum zu kommen“, so Ahmels. Grundsätzlich sei hierfür notwendig, dass die Kommunen neue Flächen für die Windenergienutzung auswiesen. Außerdem müssten starre Abstandsregelungen durch Regelungen des Immissions-schutzes ersetzt werden. Im BWE hat sich unter anderem der Juristische Beirat des Themas angenommen: Er setzt sich vor allem für eine deutlichere Rechtsprechung pro Windenergie ein.

Weiteres wichtiges Zukunftsthema ist der Netzausbau. Dass die Netzbetreiber Windturbinen wegen vermeintlicher Überlastung immer öfter ausklinken, kostet die Betreiber mehrere Millionen Euro pro Jahr. Der Verband, allen voran der Landesverband Schleswig-Holstein, drängt deshalb seit Jahren darauf, das Netz zu modernisieren und primär mit Erdkabeln auszubauen. Wie dies zu erträglichen Kosten geht, hat der Windverband mit eigenen Gutachten belegt. Auch die unter Beteiligung des BWE entstandene und im Frühjahr 2005 veröffentlichte Netz-Studie der Deutschen Energie-Agentur (Dena) kam zu der Schlussfolgerung: Ein deutlicher Ausbau der Windenergienutzung ist mit moderaten Kosten für neue Leitungen möglich. Nach den Vorstellungen der Verbandsvertreter kamen in der Dena-Studie aber die Möglichkeiten, das bestehende Netzsystem optimaler zu nutzen, viel zu kurz. Auf diesem Feld gab es kürzlich einen Etappenerfolg: Eon erklärte im September, die Kapazität seines Netzes durch Tempera-

turüberwachung zu erweitern (siehe Seite 97).

Welche Themen stehen noch auf der politischen Agenda? Zentral wird auch in Zukunft die Förderung der Windenergie sein: Auf Bundesebene steht für 2008 die nächste EEG-Novelle an. Hierzu wird die Bundesregierung zum Jahresende 2007 einen Erfahrungsbericht vorlegen, die Diskussion in Berlin hat aber bereits begonnen. Und an der Gemengelage hat sich wenig geändert: Die Stromversorger wollen das Gesetz abschaffen und durch ein Quotenmodell – ohne Festpreise – ersetzen. Der BWE dagegen will, so Geschäftsführer Ralf Bischof, ein „besseres Modell“, das zusätzliche Impulse für Offshore und das Repowering bringe.

Ebenfalls im nächsten Jahr wird die EU-Kommission einen erneuten Erfahrungsbericht zu Fördersystemen in Europa vorlegen. Weil Brüssel den Rahmen für die Mitgliedstaaten setzt, wird dies auch für den BWE ein heißes Thema werden. „Die Stromversorger wollen die Blutgrätsche und nichts unversucht lassen, in Brüssel Einfluss zu nehmen. Wir müssen eher da sein“, erklärt Bischof die Aufgabe.

Die größte Herausforderung für den Verband wird es indes sein, sich weiter im stark wandelnden Windmarkt zu positionieren. Welches Selbstbild hat der Verband, der im vergangenen Jahr seine Gemeinnützigkeit einbüßte und seitdem als Berufsverband agiert? Muss die innere Struktur an die geänderten Verhältnisse angepasst werden? Ist die Satzung – über deren Reform derzeit diskutiert wird – noch zeitgemäß? Welche Anpassungen sind hier nötig? Will der BWE künftig auch Forum sein für die großen Energieversorger, die verstärkt in die Windenergie investieren? Wie kann der Verband internationale Investoren einbinden, die hierzulande dreistellige Millionenbeträge investieren? Und welche Rolle will der Verband künftig auf der internationalen Bühne spielen? Viele, viele Fragen, auf die das dreiköpfige Präsidium, der 19-köpfige Bundesvorstand, die zehn Beiräte und zahlreiche Arbeitsgruppen wie Foren, die 13 Landes- und 43 Regionalverbände, die 25 hauptamtlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen Antworten finden müssen. Auch wenn noch keine Antworten vorliegen, ist eines bereits klar: Die nächsten zehn Jahre werden wieder sehr spannend. ◀